

Langfristig denken – ressortübergreifend handeln

Teil 2: Integration vor Ort in Solingen, Wuppertal und Mülheim an der Ruhr

Integration von geflüchteten Menschen entscheidet sich vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Hier treffen Menschen unterschiedlicher Herkunft am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Nachbarschaft, im Verein zusammen. Wie unterscheiden sich die Voraussetzungen und Strategien zur Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung im ländlichen Raum im Vergleich zu großstädtisch geprägten Regionen? Im G.I.B.-Info 3/2016 stellten wir den Kreis Warendorf im Münsterland vor. Für den zweiten Teil sprachen wir mit Klaus Konietzka, Stadt Mülheim an der Ruhr, Leiter des Sozialamts, mit Dr. Andreas Kletzander, Vorstand Arbeitsmarkt und Kommunikation, Jobcenter Wuppertal, und mit Mike Häusgen, Leiter des Kommunalen Jobcenters Solingen.

G.I.B.: Was sind in Ihren Städten die besonderen Integrationsstrategien und wie spiegelt sich das organisatorisch wider?

Mike Häusgen (Solingen): Der Ansatz des Kommunalen Jobcenters Solingen beim Thema Flüchtlinge ist es, alle Einrichtungen unter ein Dach zu bringen. Die Herausforderung bestand am Anfang darin, der Vielzahl der Menschen, die kommen, gerecht zu werden. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie man das organisatorisch am besten hinkommt und sind zum Schluss gekommen, dass wir eine zentrale Anlaufstelle installieren wollen, wo wir für die Flüchtlinge ein Rundum-Paket schnüren können.

Das hat zu der Entscheidung geführt, ein Willkommenscenter einzurichten. Vertreten sind hier neben dem Jobcenter, der Stadtdienst Soziales mit dem Bereich „Hilfen für Flüchtlinge“, der in unserem Bereich auch die Erstaufnahme regelt, das Ausländer- und Migrationsbüro, die ehemalige Ausländerbehörde mit ihrem Bereich Flüchtlinge und die BA mit ihrem Integration Point.

Gleichzeitig wurden direkt Kooperationsvereinbarungen mit der IHK und den Verbänden getroffen, um vor Ort gemeinsame Veranstaltungen durchführen zu können, zum Beispiel über die duale Ausbildung oder für das Ehrenamt.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Wir sind ähnlich aufgestellt. Als zugelassener kommunaler Träger haben wir die Gesamtverantwortung und auch, wie das SGB II es ausweist, eine soziale Auf-

gabe. Als „Alt-Optierer“ befinden sich bei uns schon länger mehrere Leistungsbereiche unter einem Dach. Begonnen haben wir mit einer Sozialagentur als Modellprojekt, bei der die Jugendhilfe und Sozialhilfe in einem Haus und aus einer Hand zusammengeführt wurden. Diese Tradition haben wir mit weiteren Leistungsbereichen fortgeführt und nutzen seit 2000 auch das Handlungskonzept der Sozialraumorientierung. Dabei handelt es sich ja nicht nur um einen definierten Raum, sondern um das Verständnis von Lebenswelten und -verhältnissen. Wir haben deshalb alle Mitarbeitenden, Fallmanager wie Leistungsgewährer, in der Methodik der Sozialraumorientierung geschult, sie die Sozialräume erkunden lassen, damit sie wissen, wo und unter welchen Umständen die Menschen dort leben.

Jetzt kommt mit den geflüchteten Menschen eine neue Zielgruppe, mit ganz anderen Themen und Problemstellungen. Wir stehen insbesondere vor der Problematik, dass es viele Zuständigkeiten gibt und dementsprechend auch viele Zielsetzungen. Das zu koordinieren, ist unser Ansatzpunkt.

Wir haben ein ganzheitliches System aus einer Hand konzipiert und werden in Kürze damit beginnen, zunächst rein räumlich eine zentrale Anlaufstelle in der Erstaufnahme bereitzustellen. Wir werden nicht warten, bis die Menschen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz rausfallen und ins SGB II kommen, sondern fangen dort schon mit den ersten Integrationsschritten an. Und wir werden das gesamte Projekt modellhaft zu einem Einwanderungsmanagement wei-



v. li.: Klaus Konietzka, Stadt Mülheim an der Ruhr, Leiter Sozialamt, Dr. Andreas Kletzander, Vorstand Arbeitsmarkt und Kommunikation Jobcenter Wuppertal, Mike Häusgen, Leiter Kommunales Jobcenter Solingen

ter entwickeln. Anfang November wird das MAIS dazu eine Auftaktveranstaltung anbieten. Einwanderungsmanagement heißt für uns, dass wir alle an den Prozessen beteiligten städtischen Institutionen zusammenführen und mit Professor Reis von der Fachhochschule Frankfurt ein sogenanntes Produktionsnetzwerk herstellen. Entstehen soll so ein ganzheitliches und durchlässiges System.

Dass jetzt viele Einwanderer kommen, hat Auswirkungen weit über das SGB II hinaus. Es betrifft die gesamte Stadtgesellschaft, weil es eine soziale und eine Frage des Arbeitsmarktes ist. Vor diesem Hintergrund haben wir kommunale Stellen mit Integrationsfachkräften eingerichtet, die sich um die ersten Integrationschritte vor dem SGB II kümmern, damit wir die Übergänge ganz im Sinne des Integrationsgesetzes gestalten können. In dieser Phase finden schon das Profiling wie auch das Andocken Richtung SGB II statt.

G.I.B.: Wenn man analog zum Willkommenscenter in Solingen einen Ort benennt, ist das in Mülheim die Kommunale Erstaufnahme?

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Ja, der Ansatzpunkt bei der kommunalen Erstaufnahme ist ähnlich wie in Solingen: Da die geflüchteten Menschen über das gesamte Stadtgebiet verstreut untergebracht werden, laufen wir ihnen ständig hinterher, wenn es um Betreuung, Beschulung, Gesundheit und Erziehung geht. Das soll sich jetzt ändern. Die Menschen verbleiben in der zentralen Erstaufnahme, bis wir alles Wesentliche erhoben haben und wir dann in Form eines ganzheitlichen Ansatzes in einer Leistungskette weiterarbeiten können.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Ähnliche Ansätze gibt es in Wuppertal, mit aktuell knapp 10.000 Geflüchteten, davon 5.000 in der Zuständigkeit der kommunalen Ausländerbehörde, wo die unterschiedlichen Antragsverfahren angesiedelt sind. Beim Jobcenter haben wir mittlerweile 4.000 anerkannte

Flüchtlinge im SGB II. Außerdem noch 350 Minderjährige, die durch das Jugendamt betreut werden.

Die BA betreut im Integration Point nur 500 Menschen. Man kann an dem Verhältnis 9.000 zu 500 sehen, dass die Betreuung von Flüchtlingen in Wuppertal primär eine kommunale Aufgabe ist.

Zudem haben wir eine starke Zuwanderung vor allem aus Südosteuropa und Osteuropa. Deshalb müssen wir, wenn wir rechtskreisübergreifende Ansätze starten und ein Haus der Integration einrichten, in dem sich alle wichtigen Akteure befinden, Zuwanderung allgemeiner denken.

Wuppertal ist traditionell sehr offen für Zuwanderung, und es ist der politische Wille, dass man für Zuwanderer geeignete Angebote schafft und dabei auch neue Wege geht. Wir als Jobcenter haben aufgrund der relativ frühen hohen Zugangszahlen eine eigene Anlaufstelle für das SGB II eingerichtet: zebra, Zentrale Erstantrags- und Beratungsstelle für geflüchtete Menschen. Eine Besonderheit in Wuppertal ist, dass 85 % der im SGB II anlandenden Menschen bis zur Einführung der Wohnsitzauflage aus anderen Städten gekommen sind.

Die neue Geschäftsstelle zebra ist momentan provisorisch untergebracht. Bei zebra haben wir erstmals unseren dezentralen Ansatz aufgegeben, weil wir glauben, dass für diesen Personenkreis Sprach- und Beratungskompetenzen gebündelt und die Menschen ganzheitlich betreut werden müssen. Das Leistungsspektrum beinhaltet Arbeitsvermittlung, Fallmanagement, Leistungsgewährung, auch Dolmetscher und Beratungsfachkräfte für das Ehrenamt. Hier gibt es natürlich thematische Schnittstellen zum Integration Point.

Im Dezember ziehen wir in das Haus der Integration ein und organisieren eine Art Kompetenzverbund Arbeitsintegration, zu dem die Arbeitsagentur und

unser Ressort Zuwanderung gehört, das hierfür ein eigenes Team gegründet hat. Im Haus der Integration werden alle Themenfelder rund um Zuwanderung und Integration abgedeckt: Dazu gehören soziale Integration, Schule, Wohnen oder Gesundheit. Und eben das Themenfeld Arbeit und Ausbildung, das mit 50 Beschäftigten eine komplette Etage belegt, mit dem Jobcenter, zebera, der BA, der Sprachberatung, der Berufsanerkennung usw.

G.I.B.: Welche Menschen mit Fluchthintergrund kommen in die Stadt, wo kommen sie in Ihrer Stadt an und wo und wie wird ihnen aus kommunaler Perspektive geholfen?

Mike Häusgen (Solingen): Bei uns kommen zunächst alle Flüchtlinge im Willkommenscenter in der Kölner Straße an, daneben gibt es noch eine Dependence mit größeren Räumlichkeiten für die Erstversorgung und -erfassung. Im Willkommenscenter gehen die Menschen zunächst in den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes, also in den Bereich Soziales, wo sie in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter oder auch mit der BA profiled werden. Als Kooperationspartner ist in dem Fall auch die Ausländerbehörde dabei, die eng vernetzt ist und das Profiling für „Partizipation Bergisches Städtedreieck“¹ übernimmt. Über dieses Netzwerk arbeiten wir auch mit Wuppertal ganz eng zusammen.

Zur Größenordnung: Wir haben im Solingen zurzeit 2.600 Flüchtlinge – etwa ein Drittel der Zahl in Wuppertal. Davon sind 110 unbegleitete Minderjährige. In unserem Rechtskreis bewegen sich knapp über 1.000 Menschen. Das Phänomen Zuzug aus anderen Städten wie in Wuppertal spielt bei uns keine Rolle. Obwohl wir direkt beieinander liegen, haben wir also ganz unterschiedliche Verhältnisse.

¹ Ein Projekt, das sich um Wege in Arbeit und Beschäftigung für Asylbewerberinnen und -bewerber und Flüchtlinge kümmert und im Rahmen der ESF-Integrationsrichtlinie Bund durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert wird.

G.I.B.: Gibt es dafür eine Erklärung?

Mike Häusgen (Solingen): Offensichtlich muss es der Wohnungsmarkt sein. Wir haben nicht diese Sogwirkung wie Wuppertal oder Essen. Die jeweiligen Communitys sind regional unterschiedlich verteilt. Wuppertal hat im Vergleich zu uns eine große syrische Community, und das zieht natürlich entsprechend Menschen an.

G.I.B.: Gibt es städtische Ankunftsorte wie einen Bahnhof, wo die Flüchtlinge zum ersten Mal in den Stadtraum kommen?

Mike Häusgen (Solingen): Alle die, die im ordentlichen Verfahren kommen, werden in der Regel mit Bussen aus den zentralen Anlaufstellen gebracht und erreichen auch direkt die Kölner Straße. Zu Beginn sind wir aus Platzgründen auf das Theater ausgewichen, um der großen Zahl der Menschen Herr zu werden. Ansonsten ist der Ankunftsort der Hauptbahnhof.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): In Mülheim gibt es insgesamt 4.000 Flüchtlinge, davon rund 1.800 Asylbewerber. 1.500 Flüchtlinge befinden sich derzeit im SGB II. Der Großteil der Menschen ist im Alter von 20 bis 35 und überwiegend männlich. Die Hauptgruppe sind Syrer, dann folgen als Herkunftsländer Irak, Afghanistan und die arabischen Staaten. Die 4+1-Staaten mit einer hohen Bleiberechtsperspektive stehen also im Fokus.

Die meisten Menschen kommen mit dem Bus an. Der Ankunftsort war bisher das Sozialamt. Wir haben eine Vorlaufzeit von zwei Tagen, in denen wir die Unterbringung organisieren müssen. Es gibt insgesamt zehn städtische Unterkünfte mit 200 Gebäuden. 60 Prozent der Flüchtlinge sind in Wohnungen untergebracht, die anderen in zentralen städtischen Einrichtungen.

Aktuell werden die Neuankömmlinge zentral mit Bussen in die Erstaufnahmeeinrichtung gebracht und mit einer Erstausrüstung versorgt. Das Profiling, besser eine Anamnese, beginnt sofort. Alles, was die Men-

schen an Themen und Problemstellungen mitbringen, der gesamte soziale Background, wird aufgenommen. Das eigentliche Profiling für das SGB II ist ein Modul, das sich daran anschließt.

Wir benutzen eine Software für alle Leistungsbezüge, sodass sich die Daten modular aufbauen. Mit entsprechenden Zugriffsrechten haben die Fachkräfte dann die Möglichkeit, die Daten zu nutzen und immer weiter fortzuschreiben.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Bei uns kümmert sich zunächst das städtische Ressort Zuwanderung und Integration mit der Ausländerbehörde um die Menschen. Dort findet auch ein erstes Profiling statt. In Wuppertal werden fast allen Menschen in kommunaler Verantwortung Wohnungen zugewiesen. Es gibt also relativ wenige Sammelunterkünfte.

Entlang der geografischen Herkunft hat sich eine große syrische Community gebildet. Sie sind diejenigen, die ganz massiv nach Wuppertal zuwandern, Gemeinschaften bilden und mittlerweile auch das Stadtbild verändern. Aleppo ist eine Stadt, die sich sehr stark abbildet. Die christliche Gemeinschaft spielt dabei eine sehr große Rolle; ein Fünftel der Flüchtlinge aus Syrien sind Christen.

Auch bei uns gibt es natürlich bestimmte Netzwerke, die teils legal, teils informell, und manchmal leider auch kriminell sind. Es werden zum Beispiel Meldeadressen verkauft. Letztendlich werden Menschen durch diese Machenschaften in erbarmungswürdigen Unterkünften untergebracht.

Pro Monat zählen wir im Moment bis zu 400 neue anerkannte Geflüchtete im Jobcenter. Die meisten sind Syrer; aktuell sind bei uns 4.000 Menschen syrischer Herkunft registriert.

Die Flüchtlinge sind sehr jung. 79 Prozent sind unter 35, zwei Drittel männlich. Das ist natürlich eine

Chance, aber auch eine große Herausforderung, vor allem, was das Thema Ausbildung angeht.

G.I.B.: Verändert sich das Stadtbild durch die Flüchtlinge?

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Wir waren eine sterbende Stadt. Wuppertal hatte 340.000 Einwohner. Jetzt – das ist eine Prognose für 2016 – sind es 355.000. Also 15.000 mehr, obwohl alle Parameter gleich geblieben sind, also Altersstruktur und Geburtenrate. Die Zuwanderung hat uns ein massives Plus an Einwohnern beschert. Und wenn sie durch die Stadt gehen, merken sie das. Bisher waren die Türken mit 11.000 Menschen die größte ausländische Bevölkerungsgruppe. Mittlerweile leben 7.000 bis 8.000 Syrer in der Stadt. Das verändert eine Stadt natürlich ganz enorm.

Mike Häusgen (Solingen): Die Stadtgesellschaft verändert sich in den Quartieren hinsichtlich des Altersaufbaus, der Kultur, der Zusammensetzung. Das ist eine Herausforderung für uns alle.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Bisher hat man gesagt, Wuppertal wird älter, bunter und ärmer. Jetzt kann man sagen, Wuppertal wird zwar noch ein bisschen ärmer, bunter sowieso, aber jetzt auch jünger. Man sieht, wie sich junge arabische Jugendliche mit anderen Kulturen mischen, zum Beispiel an den Parcour-Anlagen an der Nordbahntrasse.

Die Menschen, die zuwandern, gehen dorthin, wo der Wohnraum billig ist und wo es Leerstände gibt. Das ist der Wuppertaler Osten, Oberbarmen vor allem.

G.I.B.: Gibt es Orte, wo der Kontakt zu Einheimischen möglich ist und auch tatsächlich besteht? Wo sind die Orte der Begegnung?

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Die genannte Nordbahntrasse ist in Wuppertal sicher so ein Ort.

Mike Häusgen (Solingen): Solingen ist, was das angeht, ein bisschen kleinstädtisch. Die Stadt hat ja

mehrere kleine Zentren. Aber wir profitieren von Zuwanderung, denn auch die Einwohnerzahl von Solingen nahm stetig ab. Seit drei Jahren geht es nun gut bergauf. Es gibt mehr junge Männer, aber auch junge Frauen.

Eine Prognose besagt, dass wir zusätzliche Kindergartenplätze brauchen werden und auch zusätzliche Plätze in Schulen – in nicht unerheblichem Umfang. Bis 2025 wird die Einwohnerzahl weiter anwachsen, allein durch die bisherige Zuwanderung und den Familiennachzug. Nach einer Erhebung wartet in 30 Prozent der Fälle die Familie im Herkunftsland darauf, nach der Anerkennung nachkommen zu dürfen.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Öffentliche Plätze haben eine große Bedeutung für die Zuwanderer. Bei uns ist die MüGa, die alte Gartenschau, mit ihren Freizeitmöglichkeiten ein Anziehungspunkt. Gerade für die jungen Leute – 70 Prozent der Menschen, die im letzten Jahr gekommen sind, sind unter 30 – hat das einen großen Reiz. Natürlich hat auch die eigene Community eine besondere Anziehungskraft.

Das löst aber auch Befremden, vielleicht auch Ängste aus. Wir organisieren, wenn wir neue Unterkünfte eröffnen, immer Bürgerveranstaltungen, zu denen alle Nachbarn eingeladen werden. Dort treten diese Ängste, bis hin zu der Aussage: Mein Haus hat nicht mehr den Wert wie vorher, offen zutage.

Was den Wohnraum angeht, kann ich für Mülheim auch bestätigen, dass die Flüchtlinge natürlich dort hin gehen, wo es bezahlbaren Wohnraum gibt. Wir müssen ein Auge darauf haben, dass wir mit unseren Mietobergrenzen nicht die Segregation noch befördern. Das ist also auch ein gesamtstädtisches, städteplanerisches Problem.

Deshalb arbeiten wir auch mit einem Umzugs- bzw. Übergangsmanagement. Wenn die Flüchtlinge aus den Unterkünften ausziehen, begleiten wir sie da-

bei. Zum einen ist der Sozialdienst für ausländische Flüchtlinge sehr aktiv und zum anderen haben wir bei einem freien Träger sogenannte Wohnbegleiter installiert, die wir aus kommunalen Mitteln bezahlen. Das sind Muttersprachler, die diese Menschen bei dem Übergang begleiten. Denn wenn sie bisher in zentralen Unterkünften oder in von uns angemieteten Wohnungen mit Selbstversorgung gelebt haben, finden sie allein nicht so schnell den Weg in den deutschen Wohnungsmarkt.

G.I.B.: Sie sagten, dass sich die Situation im Vergleich zu vor anderthalb Jahren verbessert habe, als es noch teilweise chaotisch zugeht und kurzfristig reagiert werden musste. Hat sich die Lage entspannt?

Mike Häusgen (Solingen): Wer wo und wie ist, wissen wir jetzt. Was immer noch ein Problem ist, ist zu erfahren, wann wer kommt. Die Menschen, die da sind, werden in das System aufgenommen, und dann kann man damit sehr gut umgehen.

Ich finde den Hinweis zu Mietobergrenzen und Segregation sehr interessant: Die Stadt Solingen hat versucht, ganz explizit Wohnungen anzumieten, um Flüchtlinge unterbringen zu können. Natürlich in einem Marktsegment, das auch für den Rest der Kunden interessant ist. Die Stadt Solingen ist ein interessanter Mieter, ein SGB II-Empfänger ist nicht unbedingt ein interessanter Mieter. Insofern haben wir nicht unerheblich in den Markt eingegriffen. Wenn man in einem Markt wie Solingen 300 Wohnungen anmietet, ist das schon eine Hausnummer. Jetzt sind wir an dem Punkt, unser Konzept zu überarbeiten, um neue Mietobergrenzen festzulegen, damit man nicht in die Falle der Segregation läuft.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Das Konzept zu überprüfen, einen neuen Mietpreisspiegel zu erarbeiten, – das sind auch bei uns Themen. Wobei wir den Personenkreis der Geflüchteten, ganz gut „im Griff“ haben. Überhaupt keinen Einblick haben wir dagegen bei den Zuwanderern aus Südosteuropa. Auch die ver-

ändern das öffentliche Erscheinungsbild, sind aber weder integriert noch in unserem System erfasst wie die Geflüchteten.

Weil wir auf sie keinen Zugriff haben, bereiten sie uns viel mehr Schwierigkeiten: in der Unterbringung in der Kommune, im Sozialsystem, was Gesundheit und den Arbeitsmarkt angeht. Das ist, glaube ich, die größere Gefahr für die Stadtgesellschaft als die Geflüchteten. Für die haben wir funktionierende Systeme und klar definierte Abläufe zwischen den einzelnen Institutionen wie Ausländerbehörde, Zuwanderung oder SGB II-Träger und ganz wichtig: ein großes ehrenamtliches Engagement.

G.I.B.: Vor welchen Herausforderungen standen Sie und wie haben diese sich weiterentwickelt und verändert? Was wünschen Sie sich an Unterstützung, um die Integrationsleistung Ihrer Stadt halten zu können bzw. verbessern zu können?

Mike Häusgen (Solingen): Am Anfang war die Unterbringung das A und O. Wir haben ganz normal Holzhäuser als Flüchtlingsunterkünfte in Betrieb genommen. Zwei darüber hinausgeplante Holzhäuser zur Unterbringung von Flüchtlingen konnten nun noch rechtzeitig umgeplant werden. Hier entstehen nun zwei Kindertagesstätten in Holzbauweise. Wir hatten hier das Glück noch rechtzeitig auf die nachlassenden Flüchtlingszahlen reagieren zu können.

Der Unterbringungs-Problematik ist man im gewissen Rahmen Herr geworden. Jetzt geht es um Kita-Plätze, Schule, die Einrichtung entsprechender Klassen, Absprachen mit der Bezirksregierung, damit auch die entsprechenden Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Natürlich ist Sprache der Schlüssel zu Integration schlechthin. Es war schwierig, alle Flüchtlinge in Kurse zu bringen. Die meisten Flüchtlinge, die vor einem Jahr gekommen sind, haben die Kurse noch nicht abgeschlossen. Das heißt, sie sind noch nicht auf dem Niveau B1, geschweige denn auf B2. Dane-

ben steht dann der Wunsch, sie in Praktika oder Arbeit zu vermitteln. In diesem Kontext bewegen wir uns derzeit und versuchen entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln.

Eine große Rolle spielt das Ehrenamt. Ohne die Ehrenamtlichen würden wir es überhaupt nicht schaffen. Wobei die natürlich auch Erwartungen und Hoffnungen mitbringen. Das Problem der verschiedenen Rechtskreise erschließt sich ihnen teilweise nicht.

Wobei der Rechtskreiswechsel tatsächlich oft problematisch ist: Das AsylbLG übernimmt die Unterkunftskosten, Taschengeld andere Leistungen. In dem Moment, wo die Menschen den Rechtskreis wechseln, sind sie selbst verantwortlich. Sie müssen also auf einmal selbstverantwortlich dafür sorgen, dass die Miete pünktlich bezahlt wird usw. Viele Menschen, gerade aus dem arabischen Raum, sind gewöhnt, dass eine Behörde sich um alles kümmert. Wir leisten aber nur Hilfe zur Selbsthilfe.

Dieses Problem gehen wir jetzt mit Coache und Sozialarbeitern an, die mit kommunalen Mitteln über das Sozialamt finanziert werden. Wir haben die Maßnahme „Wohnungscoaching“ ausgeschrieben, um überall da, wo Wohnungslosigkeit droht, einschreiten zu können.

Das Thema Ausbildung forcieren wir über unsere Netzwerke, vor allem über die IHK und die Handwerkschaft. Denn die meisten Geflüchteten wollen zwar arbeiten und Geld verdienen, aber wenn 60, 70 Prozent in Hilfsjobs strömen, die wir nicht mehr haben, ist das ein Problem. Wir wollen die Menschen deshalb dazu bewegen, sich einer Ausbildung zu stellen. Ein schwieriges Unterfangen, wenn die Leute unter Umständen in der Verantwortung stehen, ihre Familie zu versorgen.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Ehrenamtliche Arbeit spielt auch bei uns eine große Rolle. In Mülheim gibt es ein Zentrum für bürgerschaftliches Engagement, das im Bereich der Senioren- und Kinder-

betreuung schon länger aktiv ist. Jetzt setzt dieses Zentrum auch eine Fachkraft zur Koordination des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit ein. Das heißt, dass auch die Ehrenamtlichen der Kirchen und anderer Organisationen begleitet werden. Unser Ziel ist es, in die Hilfen eine Struktur hineinzubringen, um die Angebote besser abzustimmen.

Die Fachkräfte haben in der letzten Zeit zurückgemeldet, dass in der Tat die Menschen aus dem arabischen Raum an das Agency-Prinzip gewöhnt sind und sich ein Trend herausgebildet hat, dass sich andere Flüchtlinge, die schon länger da sind, als Dienstleister für Neuankömmlinge zur Verfügung stellen und dafür die Hand aufhalten. Das hat bei uns dazu geführt, dass wir überall Plakate aufgehängt haben, solche Dienstleistungen nicht anzunehmen bzw. nicht dafür zu bezahlen. Deshalb haben wir auch die Wohnbegleiter eingestellt, die als Muttersprachler diese Dienstleistung kostenlos anbieten.

Bildung ist der Schlüssel zu Integration. Die Seiteneinsteiger-Klassen bei uns quellen über. Wir hatten kürzlich eine große Konferenz mit allen großen Sprachkurs-trägern und es wurde dort zurückgemeldet, dass ein großer Bedarf besteht, die Kurse mit Praktika zu verbinden. Das werden wir zukünftig auch so gestalten.

Nach allem, was wir jetzt wissen, sowohl kommunal als auch regional und bundesweit, müssen wir in der Stadtgesellschaft anerkennen, dass vor allem Menschen mit geringer Qualifikation kommen. Das stellt uns für ein großes Problem, insbesondere bei unserer gesamten Maßnahmenplanung.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Ich kann mich da nur anschließen. Auch als kommunales Jobcenter arbeiten wir analog der BA-Profillagen-Systematik. Demnach haben 92 Prozent der bei uns angekommenen Geflüchteten arbeitsmarktferne Profillagen. Die normale Quote liegt bei uns bei 70 Prozent arbeitsmarktfernen und 30 Prozent arbeitsmarktnahen Profillagen.

Die Sprache ist ein großes Problem. Auch Menschen, die schon seit zwei Jahren in Deutschland sind, können sich oft nicht verständigen. Wir müssen die Wartezeiten für Sprachkurse verkürzen. Es stehen zwar Arbeitsgelegenheiten und andere Maßnahmen mit Sprachmodulen, auch mit Alltagslehre zur Verfügung, aber die Menschen wollen lieber einen Sprachkurs absolvieren. Wir versuchen daher zu kombinieren: Sprachförderung, berufliche Praxis, Qualifizierung, damit die Menschen nicht das Gefühl haben, wir müssen jahrelang warten, bis irgendetwas passiert.

Eine weitere Herausforderung ist das Thema Ausbildung. Für viele ist eine duale Ausbildung nicht attraktiv. Sie wollen entweder studieren oder Geld verdienen. Vor allem die duale Ausbildung im Handwerk hat einen unwahrscheinlich schweren Stand. Das zeigt ein Projekt, das wir in Kooperation mit der Maler-Innung durchgeführt haben. Wir wollten zwölf junge Geflüchtete in einen Vorbereitungskurs, Zielrichtung Ausbildung im Malerhandwerk, bringen. Wir haben in einem aufwändigen Verfahren über 100 junge Menschen ausgewählt, die theoretisch geeignet waren. Nach einem umfangreichen Profiling kamen wir gerade mal auf 12. Und von diesen Personen, die am besten geeignet waren, die auch gesagt haben, sie könnten sich das vorstellen, ist am Ende eine Person angetreten.

Auf der anderen Seite haben auch die Arbeitgeber hohe Erwartungen an die Leute. Wenn wir einem Unternehmen, das angefragt hat, weil es etwas für Flüchtlinge tun möchte, ausgewählte Flüchtlinge schicken, heißt es oft: die habe ich mir anders vorgestellt. Auch Rumänen oder Bulgaren sind oft nicht gewünscht. Das hat auch zu tun mit der Rhetorik von „den Fachkräften von morgen“. Es kommen aber keine Menschen, die Fachkräfte von morgen sind, sondern eher von überübermorgen.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Wir müssen in der Tat aufpassen, dass wir nicht mit Erwar-

tungen überfrachtet werden. Es ist für uns wichtig, dass wir diesen Erwartungshaltungen, die natürlich auch in der Politik bestehen, qualifiziert und argumentativ gut begegnen können, indem wir die realen Zahlen benennen.

G.I.B.: Mit welchen Partnern arbeiten Sie zusammen? Wer spielt eine besondere Rolle? Und wo gibt es bei der Einbindung von Kooperationspartnern Unterschiede?

Mike Häusgen (Solingen): Natürlich arbeitet man vor Ort zunächst mit dem Sozialamt eng zusammen. Ein weiterer Ansprechpartner dort ist das Ausländer- und Integrationsbüro. Das ist aber auch so, weil wir es bewusst so verortet haben. Darüber hinaus legen wir sehr viel Wert darauf, die IHK und die Kreis-handwerkerschaft ins Boot zu bekommen, wenn es um die Facette Arbeit geht.

Als weitere Kooperationspartner sind in Solingen traditionell die Wohlfahrtsverbände sehr stark eingebunden: Caritas, Diakonie, AWO, der IB, die sehr aktiv sind im Bereich der Migrationsdienste und Jugendmigrationsdienste. Das führt dann dazu, dass man auch versucht, mit dem ehemaligen Bleiberechtsnetzwerk, jetzt Partizipation Bergisches Städtedreieck, sehr eng zu kooperieren. Dieses Netzwerk hat in der Vergangenheit schon sehr viele Menschen in Praktika gebracht. Die kommen aus dem Bereich, verfügen noch einmal über andere Netzwerke und andere Zugänge, wissen, wie es geht, und das versuchen wir zu nutzen. Man muss gestehen: Das können die besser als wir.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Unsere Vermittlerin in diesem Netzwerk in Wuppertal hat von 30 betreuten Kundinnen und Kunden 22 in Arbeit gebracht. Das zeigt, wie gut dieses Netzwerk im Bergischen funktioniert. Das sind Zahlen, von denen wir in anderen Bereichen nur träumen.

Mike Häusgen (Solingen): Was uns in dem Bereich unterscheidet: Wir sind kleinstädtischer. Wir haben

mehrere Stadtteilzentren: Innenstadt, Ohligs, Wald, Höhscheid. Und die funktionieren auch eigenständig: Man kennt jemanden, der jemanden kennt, der jemanden einstellt. Wir haben im Ausbildungsbereich zum Beispiel eine schlechte Quote im Vergleich von Bewerbern zu freien Stellen. Das liegt daran, dass die Stellen nicht gemeldet werden. Der, der eine freie Stelle hat, verfügt über ein eigenes Netzwerk, über das er diese besetzt.

Wir versuchen jetzt, in diese Netzwerke hineinzukommen. Der Quartiersansatz über die Regionale gibt uns eine Möglichkeit dazu.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Unser wichtigster Kooperationspartner ist natürlich die Ausländerbehörde, die auch durch das Integrationsgesetz Aufgaben erfüllt, die uns tangieren, zum Beispiel die Wohnsitzauflage. Auch dem Asylbewerberleistungsgesetz, klassisch dem Sozialamt, kommt eine große Bedeutung zu. Wichtig sind außerdem der Bildungsbereich – da geht es um Beschulung, Seiteneinsteiger und internationale Förderklassen, die für uns eine große Rolle spielen, – und die begleitende Arbeit. Wir versuchen mit dem genannten Projekt das Thema Kooperationspartner zu systematisieren und in einer verbindlichen Struktur zusammenzuführen.

Jede Organisation hat ihre eigenen Strukturen und ihre eigenen Organisationslogiken. Die aufeinander abzustimmen, ist eine schwierige Aufgabe. Kooperation ist meiner Ansicht nach der am meisten missbrauchte Begriff. Jeder versteht etwas anderes darunter. Kooperation ist noch lange keine Verbindlichkeit. Um Kooperation in den Arbeitsalltag zu integrieren, bedarf es fester Strukturen und Regeln.

G.I.B.: Sind Sie in der Kommune, was die Ressourcen angeht, gut genug ausgestattet, um solche Aufgaben schultern zu können?

Mike Häusgen (Solingen): Ja, weil wir dafür selbst Sorge tragen. Wir gehen in den politischen Raum und

begreifen unsere Arbeit – das ist keine Plattitüde – nicht als Verwalten, sondern als Gestalten. Wir haben durch politische Diskussionen einen gesamtstädtischen Konsens herstellen können. Alle politischen Richtungen begreifen die Integration von Flüchtlingen als gesamtstädtische Aufgabe.

Wir haben gemessen an den Flüchtlingszahlen für sämtliche Leistungsbereiche umgerechnet, was das für das Personal bedeutet, und das ist auch anerkannt und im Stellenplan für 2017 umgesetzt worden. Insofern können wir jetzt 15 Stellen (in der SGB II-Leistungsgewährung) für unseren Migrationsdienst – Leistung und Integration – ausschreiben. Ob wir die besetzt bekommen, ist ein anderes Thema.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Das ist ein wichtiger Hinweis. Wir haben 50 unbesetzte Stellen im Bereich Leistung und Integration. Das gilt genauso für das Ressort Zuwanderung, wo viele Stellen unbesetzt sind und auch für Stellen bei Bildungsträgern. Der Markt ist leergefegt.

Die Akteure in Wuppertal sind die gleichen wie in anderen Städten. Das Ressort Zuwanderung mit der Ausländerbehörde mit 150 Beschäftigten, deckt beides ab: soziale Dienste, wirtschaftliche Hilfen und den ausländerrechtlichen Aspekt. Das Jugendamt mit dem SGB VIII-Bereich und wir als kommunales Jobcenter sind weitere wichtige Akteure. Wir bilden den Kern und stimmen uns regelmäßig ab.

Die Arbeitsagentur betreut nur fünf Prozent der Geflüchteten, ist aber selbstverständlich dabei. In Wuppertal haben wir uns allerdings entschieden, keine Maßnahmen über die zentrale Vergabe der BA einzukaufen, da wir keinen Einfluss auf die Ausschreibungsinhalte haben.

Die Qualität der Bildungsträger ist uns sehr wichtig. Die Trägerlandschaft in Wuppertal ist sehr vielfältig und verfügt über die notwendigen Kompetenzen.

Wenn wir Geld für Maßnahmen ausgeben wollen, ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, diese mit Sprachmodulen zu ergänzen. Dadurch haben wir flexible Möglichkeiten der Maßnahmeplanung.

Ehrenamt spielt eine wichtige Rolle. Es gibt ein breites Bündnis von Ehrenamtlern, genannt „willkommen-tal“, das sich um Flüchtlingsfamilien kümmert. Es organisiert Nachhilfeunterricht und Ausflüge, begleitet zu Ämtern, hilft bei der Wohnungssuche. Auch wir merken aber, dass das besser strukturiert werden muss. Deshalb richten wir jetzt eine Beratungsstelle ein mit drei Personen, die nichts anderes tun, als rechtekreisübergreifend alle Fragen zu beantworten, die von außen kommen. Unsere Überzeugung ist: Wir müssen ansprechbar sein. Wir müssen jede Frage beantworten können und dürfen niemanden woanders hinschicken, sondern sagen: ich kümmere mich drum.

Was Optionskommunen generell eint, ist ja ein Commitment, mehr Verantwortung zu übernehmen. Das gilt auch für das Thema Geflüchtete und allgemein Zuwanderung. Der Wille in diesen Städten, Ressourcen für das Ganze in die Hand zu nehmen, ist der gleiche.

Mike Häusgen (Solingen): Das ist richtig. Unser OB steht sehr hinter dem Thema. Er hat eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die auch in den Bereich Ehrenamt hineinreicht. Sie sorgt in der Verwaltung dafür, dass sich alle Partner diesem Thema verschreiben. In einer Lenkungsgruppe sind alle großen Player, Schule, Jugend usw. vertreten.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Was die Kooperation mit der BA angeht: Wenn ich Möglichkeiten habe, in die Programme der BA einzusteigen, nehme ich das, dort wo sie sinnvoll sind, natürlich gerne an. Einiges ist leider nicht immer sinnvoll. Denn einige Programme sind nicht auf die kommunalen Besonderheiten abgestimmt und das wird dann

auch der Individualität der Menschen nicht gerecht. Genauso, wie es nicht den „klassischen“ Arbeitslosen gibt, gibt es auch nicht den „klassischen“ Flüchtling. Deshalb wollen und müssen auch wir unsere eigenen Programme konzipieren.

Mülheim hat keinen Integration Point und wird auch keinen im herkömmlichen Sinne konzipieren, weil wir sehen, dass die kommunale Beteiligung bei allen existierenden Integration Points eher nur auf dem Papier zu stehen scheint. Es gibt drei Kommunen von 14, die inhaltlich das erfüllen, was eigentlich vorgesehen war – und die drei sitzen hier. Die anderen sind im Grunde eher virtuelle Integration Points.

Mike Häusgen (Solingen): Es geht darum: Wer trägt welche Last? Und da will man als Kommune auch sichtbar werden und nicht unter ein großes A schlüpfen. Die Hauptlast, wenn es um Integrationsleistungen geht, leistet nun einmal die Kommune.

G.I.B.: Wie sieht in Ihren Städten die Entwicklungsperspektive aus? Wo soll die Reise 2017 bei Ihnen organisatorisch hingehen?

Mike Häusgen (Solingen): Was das Einwanderungsmanagement angeht, sind wir ganz nah dran an Mülheim. Und wie in Wuppertal probieren wir auch aus, Leistung und Integration zusammenzubringen. Wir testen einen Casemanagement-Ansatz, um die ganze Familie einzubeziehen, nicht nur die einzelne Person. Wenn der Ansatz gut funktioniert, auch in der Vernetzung mit allen anderen, wollen wir dieses Know-how später für alle Zuwanderer nutzen. Auch um dem Zuzug aus Südosteuropa Herr werden zu können. Das wäre unser Nahziel.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Für uns spielt die Anerkennung eine wichtige Rolle, dass Integration eine langfristige Aufgabe ist. Das bedeutet langfristiges Denken und langfristig aufgestellte Konzepte. Und das bedeutet für uns für die nächsten Jahre auch, ressortübergreifend zu denken und zu handeln, weil es niemand alleine schaffen wird.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN

Manfred Keuler, Tel.: 02041 767152, m.keuler@gib.nrw.de

Oliver Schweer, Tel.: 02041 767252, o.schweer@gib.nrw.de

KONTAKTE

Kommunales Jobcenter Solingen

Kamper Straße 35, 42699 Solingen

Mike Häusgen, Tel.: 0212 2903910

m.haeusgen@solingen.de, www.solingen.de

Jobcenter Wuppertal AöR

Bachstraße 2, 42275 Wuppertal

Dr. Andreas Kletzander, Tel.: 0202 74763802

andreas.kletzander@jobcenter.wuppertal.de

www.jobcenter.wuppertal.de

Stadt Mülheim an der Ruhr, Sozialagentur

Eppinghofer Str. 50, 45468 Mülheim an der Ruhr

Klaus Konietzka, Tel.: 0208 455-5001/-2901

klaus.konietzka@muehheim-ruhr.de

www.muelheim-ruhr.de

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Das Haus der Integration soll der Ort sein, wo künftig die Zuwanderung organisiert wird. Wir haben verschiedene Personengruppen unter den Zuwanderern, die ähnliche Problemlagen und ähnliche Herausforderungen zu bewältigen haben. Die Arbeit mit diesen Menschen kann ich nicht an einzelnen Orten in einzelnen Rechtskreisen organisieren, sondern nur mit einem rechtskreisübergreifenden Ansatz.

G.I.B.: Was wünschen Sie sich an Unterstützung, um die Integrationsarbeit als Kommune noch besser gestalten zu können?

Mike Häusgen (Solingen): Aus Sicht des Jobcenters würde ich mir wünschen, ich könnte meine Mittel übertragen. Das ist eines der zentralen Themen, um mehr Planungssicherheit zu erreichen. Auch eine Verpflichtungsermächtigung wäre sinnvoll, die es ermöglicht, überjährig Programme zu fahren. So könnte ich etwas perspektivischer an die Sache gehen und langfristiger planen.

Klaus Konietzka (Mülheim an der Ruhr): Da kann ich mich nur anschließen. Ich wünsche mir darüber hinaus eine Unterstützung des Landes bei der Qualifizierung der Fachkräfte, die auch mitgenommen werden müssen für diese Aufgabe.

Dr. Andreas Kletzander (Wuppertal): Damit ist alles gesagt.